



Leitantrag

Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land

DIE LINKE ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Wir kämpfen für eine solidarische Gesellschaft, für gute Arbeit für Alle, für gerechte Löhne und für ein friedliches Miteinander der Kulturen in einer intakten und nachhaltig bewirtschafteten Umwelt. Krieg als Mittel der Politik lehnen wir entschieden ab. Die Politik von Rot-Grün, Schwarz-Rot und Schwarz-Gelb führt in die Sackgasse und bedeutet Kürzungen im Sozialbereich, Lohnsenkungen, Wahnsinn auf den Finanzmärkten, Bildungschaos, Ausplünderung unserer Umwelt, Privatisierung und Vernutzung und Gefährdung unserer Lebensgrundlagen.

Diese Politik ist auch in Rheinland-Pfalz angekommen. Deutschland braucht die LINKE, Rheinland-Pfalz braucht die LINKE. Überall dort, wo die LINKE in die Parlamente einzieht, wird soziale Gerechtigkeit ernst genommen. Heute, im Herbst 2010, ist DIE LINKE stärker denn je. Tausende Kommunalvertreterinnen und -vertreter, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landräte, Fraktionen in 13 Landtagen, im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament stemmen sich lautstark und ideenreich gegen die neoliberale Politik der andern Parteien und deren Folgen für die Menschen. Eine Politik von Gnaden der Großbanken, des Kartells der vier Energiekonzerne, der Pharmaunternehmen, der Rüstungsindustrie, der Tourismusriesen und der Deutschen Bahn. Die Fahnen der LINKEN wehen auf Kundgebungen in Stuttgart und Berlin, in Gorleben und Büchel gegen die nukleare Teilhabe. An der Seite der Kolleginnen und Kollegen von rheinpfälzischen Unternehmen streiten Genossinnen und Genossen der LINKEN für Gute Arbeit, bessere Löhne und gesetzlichen Mindestlohn. Die schwarzgelbe Regierung Merkel stellt die Machtfrage: Regierung oder Volk? Sie stellt die Frage täglich und überall. Bei der skandalösen Hartz IV – Regelung, mit jedem Rentenbescheid. Mit jedem Tag, den Atommeiler weiter am Netz sind. Mit jedem Tag, den deutsche Soldaten in Afghanistan töten – und getötet werden. Löhne, die nicht zum Leben reichen, eine Dreiklassenmedizin, die Arme um Jahre früher sterben lässt. Und keine Partei außer DIE LINKE sagt in aller Entschiedenheit: Nein! Schluss damit! Die SPD sucht sich noch immer und findet sich nicht. Die Grünen machen sich stark mit fiktiven Wählerstimmen und beide lassen sie Merkel und Westerwelle, die Lobbyisten des Großen Kapitals, weiter gewähren.

Es gilt: Je stärker die LINKE, desto sozialer das Land!

Ein Riss geht durch Rheinland-Pfalz. In Rheinland-Pfalz greift die Armut um sich. Immer mehr Menschen arbeiten in prekären Arbeitsverhältnissen und beziehen Löhne die jeder Beschreibung spotten. Dagegen steht eine kleine Gruppe von Menschen, die den gesamten Reichtum unter sich aufteilt. Die Vermögenden werden immer reicher, und die Bevölkerung muss ihnen dabei zusehen. Reguläre Arbeit wird durch unsichere und schlecht bezahlte Jobs ersetzt. Zeitarbeit, befristete Arbeitsverträge sowie Minijobs nehmen überhand. Frauen verdienen in Rheinland-Pfalz etwa 25% weniger als Männer. 44% aller Frauen befinden sich in atypischen – also prekären – Beschäftigungsverhältnissen. Rheinland-Pfalz hat einen unrühmlichen Spitzenplatz bei der Verhängung von HartzIV-Sanktionen. Seit der Umsetzung der Hartz-Gesetze sind in Rheinland-Pfalz 7.500 reguläre, versicherungspflichtige Arbeitsplätze durch den rechtswidrigen Einsatz von Ein-Euro-Jobs vernichtet worden. Damit ist Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich der größte Arbeitsplatzvernichter. Rheinland-Pfalz ist in skandalöser Weise an der Umsetzung der Hartz-Gesetze beteiligt. Die Hartz-Gesetze sind mit dem Grundgesetz nicht vereinbar, sie verletzen die Menschenwürde, sie zwingen Menschen in Armut. Hartz IV muss weg, ohne wenn und aber; in RLP muss gänzlich auf 1-Euro-Jobs verzichtet werden. Stattdessen fordern wir den Ausbau der öffentlichen Beschäftigung um bis

Beschlossen am 13-11-2010, Landesparteitag in Saarburg

zu 10000 Stellen. Wir werden dafür streiten, dass in Rheinland-Pfalz jeder Mensch einen Platz in unserer Mitte bekommt, und dass Alle ihren gerechten Anteil an der Gesellschaft haben. Wir werden ein Ende machen mit dem neoliberalen Menschenbild, für uns stehen Solidarität und gemeinsam ausgeübte Demokratie vor Profitgier und Geltungsdrang. Demokratie darf vor den Werkstoren nicht halt machen. Die Bevölkerung ist zwar berechtigt, Regierung und Staat zu wählen bzw. zu kontrollieren, aber wirtschaftliche Entscheidungen werden ihrer Entscheidungskompetenz entzogen. DIE LINKE fordert Wirtschaftsdemokratie, sie fordert, dass die Menschen alle Aspekte ihres Zusammenlebens durch einen gemeinsamen politischen Prozess und durch einen gemeinsam gestalteten Arbeitsprozess regeln können. In Artikel 67 der Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz ist festgelegt, dass bei Entscheidungen, die die grundlegenden Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betreffen, auch die Betriebsvertretung mitwirken muss. Die Realität sieht freilich ganz anders aus: Betriebe werden geschlossen oder verlagert, ohne dass die Belegschaft auch nur ein Wort mitreden darf. Betriebsräte müssen überall gegründet werden können und mehr Entscheidungsgewalt bekommen. Wir fordern, das Versprechen der Verfassung auch umzusetzen: wir fordern die Realisierung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Betriebsvertretung und deren Festhalten in einem Gesetz. Im Grundgesetz heißt es: Eigentum verpflichtet, wir möchten klären, zu was es verpflichtet um die Verfassung „beim Wort nehmen“ zu können.

Rheinland-Pfalz verfügt noch über eine weitere lebendige Quelle, hier leben Menschen mit einer langen demokratischen Tradition, mit hoher Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement und einer nicht zu unterschätzenden Widerständigkeit gegenüber staatlicher Anmaßung und sozialer Ungerechtigkeit. Wir, DIE LINKE in Rheinland-Pfalz, sehen uns in dieser Tradition. Mehr Demokratie wagen, Mitbestimmung ausbauen, mehr Widerstand leisten und bei allem mehr den Bürgerinnen und Bürgern vertrauen – das ist unser Programm. Dabei zeichnet uns besonders der Geist der Solidarität mit den Schwächsten der Gesellschaft aus, wo die Grenze im Land zwischen Oben und Unten verläuft, wird man uns stets an der Seite derer finden, die um Teilhabe und Gerechtigkeit immer kämpfen müssen.

DIE LINKE ist die einzige Partei, die sich für die soziale und wirtschaftliche Teilhabe aller Menschen einsetzt. Wir sind für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Rheinland-Pfalz. Wir fordern die Regierung auf, endlich etwas für strukturschwache Regionen zu tun.

Die rheinland-pfälzischen Kommunen stehen vor dem Kollaps. Sie werden in unverantwortlicher Weise ausgeplündert und mit ihren Aufgaben allein gelassen. Die Kommunen reißen Schwimmbäder ab, schließen Jugendeinrichtungen und kürzen im Sozialbereich. DIE LINKE kämpft für eine solide Finanzierungsbasis der Kommunen. Dafür wollen wir eine Gemeindefinanzierungssteuer einführen. Die Kommune ist wichtig für uns alle, sie ist der Ort, an dem die öffentliche Daseinsvorsorge organisiert und sichergestellt wird. Öffentliche Daseinsvorsorge muss jedem Menschen zugänglich sein, ohne Ansehung seines Geldbeutels. DIE LINKE setzt sich für das Konnexitätsprinzip ein (wer bestellt, bezahlt). Privatisierungen lehnen wir kategorisch ab!

Die Mieten sowie die Preise für Strom und Wasser steigen, während die Löhne fallen. Statt exzellenter Bildung für alle herrscht Schulchaos. Immer mehr Kinder leben in Armut. Der Landesregierung fehlt ein Leitbild für Rheinland-Pfalz: Statt in die Zukunft zu investieren, werden Steuergelder für unsinnige Vorhaben wie die Hochmoselbrücke, die Rheinquerung oder die Erlebniswelt Nürburgring verschleudert. Dabei hat unser Land großes Potential: Erneuerbare Energien und ökologischer Umbau der Automobilindustrie, sanfter Tourismus in

Beschlossen am 13-11-2010, Landesparteitag in Saarburg

einer einmaligen Wein-, Kultur- und Naturlandschaft oder die zivile Nutzung der Militärbasen als Technologie- Wohn- oder Kulturparks. Bei den deutschen Kommunen gibt es einen Investitionsstau von über 700 Mrd. €. Deswegen brauchen wir unbedingt neue Investitionen, wenn wir unsere Kommunen nicht am ausgestreckten Arm verhungern lassen wollen. Unser Zukunftsinvestitionsprogramm umfasst die Bereiche Bildung und Wissenschaft, Verkehr und Umwelt, Industrie und Tourismus sowie die kommunale Daseinsvorsorge. Wir wollen jedes Jahr zusätzlich 4 Mrd. Euro über einen Zeitraum von 5 Jahren investieren.

Wir fordern den gesetzlichen und flächendeckenden Mindestlohn von zunächst 10 € pro Stunde. Angesichts von Hungerlöhnen und Lohndumping sind Mindestlöhne das Gebot der Stunde. Auch deswegen fordert die LINKE Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen. Die öffentliche Hand ist der größte Auftraggeber. Nur Mindestlöhne oder allgemeinverbindliche Tarifverträge dürfen nach geltendem Recht die „unternehmerische Freiheit“ zur Ausbeutung ihrer Mitarbeiter beschränken.

Die LINKE will eine bessere Politik: für soziale Gerechtigkeit, gute Bildung und wirtschaftliche Vernunft. Um dies zu erreichen, wollen wir in den rheinland-pfälzischen Landtag einziehen!

Es muss Schluss sein mit Sozialabbau, Vernichtung von Arbeitsplätzen und Privatisierung. In einem so reichen Land wie Rheinland-Pfalz ist Armut ein Skandal. Armut trifft mittlerweile immer größere Bevölkerungsschichten, auch die Mitte der Gesellschaft. In Rheinland-Pfalz ist bereits fast jeder Sechste von Armut bedroht. Besonders betroffen sind allein erziehende Mütter und Väter, Familien mit Kindern, Migrantinnen und Migranten, Rentnerinnen und Rentner, Frauen und Jugendliche. Arbeit schützt nicht vor Armut, immer mehr Menschen können von ihrer Hände Arbeit nicht mehr leben, obwohl sie den ganzen Tag arbeiten. Fast jeder zehnte Erwerbstätige in unserem Land ist armutsgefährdet, jede fünfte Arbeitnehmerin und jeder fünfte Arbeitnehmer in Rheinland-Pfalz arbeitet für einen Armutslohn.

Soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft brauchen eine glaubhafte Stimme im Land, dafür steht DIE LINKE. Hartz IV ist Armut per Gesetz und 1-Euro-Jobs sind eine Demütigung für jede Betroffene und jeden Betroffenen. Fast jeder dritte Euro im Hartz-System wird zur Lohndrückerei genutzt. Von Arbeit muss man leben können, und ohne Arbeit auch. Lohndrückerei ist nicht nur moralisch nicht zu rechtfertigen, sie ist auch Betrug am Arbeitnehmer und der sichere Weg in die nächste Krise. Deswegen fordern wir die Abschaffung von Hartz IV, den gesetzlichen Mindestlohn, armutsfeste Grundsicherung und Renten sowie mehr und bessere Beschäftigung im öffentlichen Sektor. Wir kämpfen vor allem für mehr „gute“ Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst – versicherungspflichtig und tarifgebunden. Diese müssen der Ausweitung und der qualitativen Verbesserung der Dienste und Angebote im Kinder-, Jugend- und Sozialbereich und in der kollektiven Daseinsvorsorge dienen. Die LINKE will zudem alle 1-Euro-Jobs durch Stellen im Öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS) ersetzen. Das ist nicht teurer als die jetzige Regelung und schafft reguläre Arbeitsplätze, die gerechtere Löhne und ein würdigeres Arbeitsverhältnis garantieren.

Bildung ist ein Menschenrecht und ist die Zukunft unserer Kinder. Bildung ist mehr als „Schule“. Bildung bereitet auf das Leben vor und muss die Menschen zu einem friedlichen und solidarischen, gemeinsam gestalteten Leben befähigen. Die Landesregierung hat bessere Bildung versprochen, aber in den letzten 16 Jahren nicht nur so gut wie nichts getan, sie hat mit der Realschule Plus auch noch Schaden angerichtet. In den Schulen fällt der Putz von der

Beschlossen am 13-11-2010, Landesparteitag in Saarburg

Decke. Im bundesweiten Vergleich belegt das rheinland-pfälzische Bildungssystem regelmäßig hintere Plätze. Es drängeln sich teilweise mehr als 30 Kinder in eine Klasse, die Laufwege sind viel zu lang. Die „Realschule Plus“ hebt das sozial ungerechte dreigliedrige Schulsystem nicht auf und ist das peinliche Zeugnis für 16 verlorene Jahre in der Bildungspolitik. Die LINKE fordert die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems, eine Schule für alle Kinder und eine Erhöhung der Investitionen in Bildung mindestens auf das bundesweite Durchschnittsniveau. Wir fordern mehr Personal an rheinland-pfälzischen Schulen, um mittelfristig internationalen und nationalen Standards gerecht zu werden, das schließt nicht nur mehr Lehrer und Lehrerinnen, sondern auch Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen und Psychologinnen und Psychologen mit ein. DIE LINKE fordert die Gemeinschaftsschule als Ganztagschule. Kostenloses Mittagessen für alle ist für uns selbstverständlich. DIE LINKE setzt sich ein für ein Bildungssystem, das den Menschen fördert, seine Fähigkeiten und Fertigkeiten entwickelt und ihn auf ein selbstbestimmtes Leben im solidarischen Miteinander vorbereitet. Der Reichtum von Rheinland-Pfalz, das sind seine Menschen, die unendlich reich an handwerklichen, technischen, wissenschaftlichen, künstlerischen und sozialen Fähigkeiten und Fertigkeiten sind. Wie viel davon wird, von diesem Reichtum für unsinnigste Produktion überflüssiger Dinge, für Großprojekte und bloße Profitmacherei, für unökologische Produkte verschwendet! Und wie viele Menschen haben längst keine Chancen mehr, ihr Wissen und Können unter Beweis zu stellen! Arbeitslosigkeit und *Schlechte Arbeit* sind darum nicht nur eine schwere Last für die Betroffenen und ihre Familien, sie sind auch eine unverantwortliche Verschwendung unseres von Generationen geschaffenen Vermögens. Deswegen brauchen wir ein gerechtes und inklusives Bildungswesen, damit die Menschen ihre Fähigkeiten entwickeln und im solidarischen Miteinander anwenden können. An den Hochschulen müssen die Studenten Raum haben, ihren Studieninteressen nachzugehen und ein selbstbestimmtes Studium zu absolvieren. Jede Art von Studiengebühren lehnen wir entschieden ab! Das beinhaltet auch verdeckte Studiengebühren, wie das rheinland-pfälzische Studienkontenmodell.

Unsere bildungspolitischen Schritte wollen wir gemeinsam mit den Eltern, den Schülervertretungen, den Gewerkschaften und anderen Vertretern der Zivilgesellschaft diskutieren und gemeinsam gehen.

Kinder sind unsere Zukunft; deshalb müssen wir dafür sorgen dass sie eine Zukunft haben. Soziale Selektion im Bildungswesen beginnt schon im Vorschulalter. Wir wissen: Hochqualifizierte Kinderbetreuung ist für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für gute Bildung für Kinder notwendig. DIE LINKE verbindet ihre Forderung zur Kinderbetreuung mit der frühkindlichen Bildung. Wir fordern den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung. Wir setzen uns ein für das Recht der Kinder auf gebührenfreie, qualitativ hochwertige öffentliche vorschulische Bildung. Zu einem umfassenden Bildungsanspruch gehören auch ein kostenfreies Mittagessen in Kitas, der gebührenfreie Zugang zu kulturellen Einrichtungen wie Musikschulen, Theatern und Sportstätten wie Schwimmbäder, Turnhallen und Sportplätzen. Auch hier gilt: gute Bildung ist keine Ware. Es ist das Recht jedes Kindes, Bildung zu genießen, um sich zu einem mündigen und kritisch-selbständigen Menschen entwickeln zu können.

Die LINKE ist die Partei der Gerechtigkeit, des Friedens und der sozialen Demokratie. Während die Banken mit Steuergeldern gerettet werden, aber weiter machen wie bisher, sollen Rentnerinnen und Rentner, Hartz IV-Empfänger und -empfängerinnen und unsere Kinder die Zeche bezahlen. Anstatt endlich in die Zukunft zu investieren, ruiniert die Regierung durch Investitionsstau und Steuergeschenke an Unternehmen und Superreiche das

Beschlossen am 13-11-2010, Landesparteitag in Saarburg

Land. Wir wollen die Infrastruktur erneuern, den Öffentlichen Personennahverkehr zukunftsfähig machen und den landesweiten Sozialpass einführen. Damit alle Menschen in eine sichere Zukunft blicken, wollen wir die sozial-ökologische Wende einleiten. Die LINKE bringt Umweltschutz, Wirtschaftspolitik und soziale Gerechtigkeit stets zusammen. Wir fordern die staatliche Förderung einer ökologisch nachhaltigen Landwirtschaft und einer artgerechten Tierhaltung. Regionale Wirtschaftskreisläufe sind zu fördern und eine dezentrale Produktionsweise zu unterstützen. Wir setzen auf Investitionen in erneuerbare Energien und auf eine Rekommunalisierung der Energiekonzerne. Bei der sozial-ökologischen Wende gehören für uns die Demokratisierung der Wirtschaft und der nachhaltige Umgang mit der Umwelt und unseren natürlichen Ressourcen zusammen. Wir setzen uns daher für regionale und dezentrale Kreisläufe jenseits der Marktmacht großer Unternehmen ein. Um unser Zukunftsinvestitionsprogramm zu finanzieren, brauchen wir ein gerechtes Steuersystem: Wir wollen Reichtum besteuern und die Profiteure des Kapitalismus zur Kasse bitten. Es ist ein Skandal, dass die Steuerzahler für Verluste skrupelloser Manager und Eigentümer haften müssen während deren Vermögensverluste längst wieder ausgeglichen wurden und die Boni wieder üppig ausgereicht werden. Es gilt, die Einnahmen zu erhöhen statt die Ausgaben zu kürzen.

Die Landesregierung redet nur von sozialer Gerechtigkeit, wir machen Druck! Die LINKE ist die einzige Partei, die keine Spenden von Großunternehmen und Lobbyisten erhält. Eine starke LINKE in Rheinland-Pfalz gibt allen wieder eine Stimme, deren Interessen von den Regierungen der letzten Jahre systematisch ignoriert worden sind. Wir stehen an der Seite von allen, die durch Hartz IV entmündigt wurden und an der Seite der Geringverdiener. Wir vertreten die Interessen der Bevölkerungsmehrheit gegen die Interessen der großen Lobbyisten. Wir fordern Mitbestimmung und Demokratisierung, ein besseres Bildungssystem, gute Arbeit und eine soziale Grundsicherung für alle Menschen.

Kulturpolitik ist für uns Gesellschaftspolitik. Sie umfasst alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, die Freizeit ebenso wie die Arbeitswelt. Kulturpolitik muss auch die Erinnerungskultur entwickeln, die auch bewusst die traditionsreiche Arbeiterkultur unseres Bundeslandes aufgreift und unsere jüngere Geschichte. Deshalb setzt sich die LINKE für eine Förderung aller kulturellen Bestrebungen ein, die uns und die nachfolgenden Generationen an die Grausamkeiten des Faschismus erinnern.

In Rheinland-Pfalz leben mehrere Tausend Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus. Migrantinnen und Migranten ohne Aufenthaltsstatus sind von Ausbeutung, Verfolgung, Prostitution besonders betroffen. DIE LINKE setzt sich für die Rechte aller Menschen ohne Papiere ein. Wir wollen einen gesicherten Aufenthaltsstatus für sie. Kein Mensch ist illegal! Abschiebegefängnisse und so genannte Ausreisezentren wie beispielsweise in Trier sind umgehend zu schließen. Deutsches Recht bringt Menschen hinter Gitter, deren einziges „Vergehen“ es ist, vor einem Leben in Armut oder vor Verfolgung geflohen zu sein.

Für DIE LINKE ist unumstößlich klar: Außenpolitik ist Friedenspolitik! Wir setzen uns für eine friedliche, auf weltweite politische, soziale und ökonomische Gerechtigkeit gerichtete Außenpolitik ein. Außenpolitik hat vor allem den Zweck, ein friedliches Zusammenleben der Menschen überall auf der Welt zu ermöglichen und den Austausch der Kulturen zu fördern. Krieg darf kein Mittel der Politik bleiben. Heute werden viele Länder der Welt wieder von deutschem Boden ausgehend mit Krieg überzogen und Rheinland-Pfalz spielt dabei eine Schlüsselrolle. Rheinland-Pfälzer und Rheinland-Pfälzerinnen sollen nicht in Afghanistan oder sonst wo in völkerrechtswidrigen Angriffskriegen sterben oder töten. Und wir wollen nicht,

Beschlossen am 13-11-2010, Landesparteitag in Saarburg

dass die schöpferischen Kräfte des Landes mit Rüstungsproduktion verschwendet werden. Wir wollen Konversion statt Kriegsproduktion. Rheinland-Pfalz soll ein Friedensland werden. Dafür werden wir im neuen Landtag kämpfen, so, wie wir als LINKE dies, gemeinsam mit vielen engagierten Friedensfreundinnen und Freunden, bisher außerhalb der Parlamente getan haben und weiterhin tun werden.

Leider hat das Bildungsministerium, vertreten durch ihre Staatssekretärin, mit der Bundeswehr eine „Rahmenvereinbarung“ getroffen, die es der Bundeswehr gestattet in den Schulen für ihre völkerrechts- und verfassungswidrigen Angriffskriege zu werben. Die Bundeswehr versucht Kinder und Jugendliche für den „Dienst an der Waffe“ zu gewinnen; für uns gilt jedoch: kein Werben für ´s Sterben! Dieser Missbrauch der Schule ist ein Skandal! Statt Schülern und Schülerinnen zu vermitteln wie Konflikte friedlich gelöst werden, und wie eine Welt ohne Kriege um die Verteilung von Ressourcen aussehen könnte sollen den Schülern und Schülerinnen der Krieg als selbstverständliches und legitimes Mittel der Politik vermittelt werden.

DIE LINKE wirkt! Wir wollen und wir werden Motor eines politischen Wandels sein. Wir laden alle Menschen, die unsere Ziele teilen, ein, gemeinsam mit uns den Weg in den Landtag zu gehen. Die Wählerinnen und Wähler haben im März 2011 die Wahl. Wir werden in der Sache konsequent bleiben. Ein Bündnis für linke Politik wird an uns nicht scheitern, aber unsere Grundsätze sind nicht verhandelbar. Darauf können sie sich verlassen! Wir werden Schluss machen mit der Kürzungspolitik. Politik ist in den letzten Jahren nicht mit, nicht durch, sondern gegen die Bevölkerung gemacht worden. Wir werden eine starke Stimme sein für soziale Gerechtigkeit in Rheinland-Pfalz und über Rheinland-Pfalz hinaus. Deutschland braucht DIE LINKE, Rheinland-Pfalz braucht DIE LINKE.

Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.